

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	11
Teil I	
Einleitung, Problemaufriss und Gang der Untersuchung.....	12
A. Einleitung und Problemaufriss.....	12
B. Gang der Untersuchung.....	17
Teil II	
Die historische Entwicklung der Rechtsschutzgewährung im Mitarbeitervertretungsrecht der evangelischen Kirche und der mitarbeitervertretungsrechtliche Rechtsschutz im System des Arbeitnehmervertretungsrechts.....	20
A. Die historische Entwicklung der Rechtsschutzgewährung im Mitarbeitervertretungsrecht der evangelischen Kirche	20
I. Das Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920 (BRG)	21
II. Die Zeit des Nationalsozialismus	23
III. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum MVG.EKD.....	26
IV. Der Rechtsschutz im „Ursprungs – MVG.EKD“ 1992 – (MVG.EKD 1992) ..	29
V. Das erste Änderungsgesetz zum MVG.EKD vom 6.11.1996 – (MVG.EKD 1996)	32
VI. Das Vierte Änderungsgesetz vom 6.11.2003 – (MVG.EKD 2003)	34
VII. Das Zweite Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der EKD – MVG.EKD 2013	36
VIII.Zusammenfassung und Ausblick	38
B. Die mitarbeitervertretungsrechtliche Rechtsschutzgewährung im System des Arbeitnehmervertretungsrechts	40
I. Die Durchsetzbarkeit arbeitsgerichtlicher Beschlüsse im Betriebsverfassungsrecht	40
1. Die Vollstreckung.....	40
a) Vollstreckung gegen den Arbeitgeber	41
b) Vollstreckung gegen den Betriebsrat.....	46
c) Die vorläufige Vollstreckbarkeit (§ 85 I 2 ArbGG)	52
2. Die Vollziehung einstweiliger Verfügungen im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren	52
a) Zum Begriff „Vollziehung“	53
b) Die Vollziehung von gegen den Arbeitgeber gerichteten einstweiligen Verfügungen des Betriebsrats	54
c) Vollziehung von gegen den Betriebsrat gerichteten einstweiligen Verfügungen des Arbeitgebers	56
d) Vorläufige Vollstreckbarkeit und einstweiliger Rechtsschutz	59
II. Die Durchsetzbarkeit gerichtlicher Entscheidungen im Personalvertretungsrecht	59
1. Die Vollstreckung.....	60
a) Die Vollstreckung gegen den Personalrat	60
b) Die Vollstreckung gegen die Dienststelle	61

2. Die Vollziehung.....	65
a) Die Vollziehung von einstweiligen Verfügungen gegen den Personalrat.....	65
b) Die Vollziehung von einstweiligen Verfügungen gegen die Dienststelle	65
c) Die Dienstaufsichtsbeschwerde.....	68
III. Die Durchsetzbarkeit kirchengerichtlicher Entscheidungen im Mitarbeitervertretungsrecht	69
1. Die Rechtsschutzwährgung nach dem MVG.EKD	69
a) Beschwerderecht und Ersatzvornahme.....	69
b) Der Unterlassungsanspruch der Mitarbeitervertretung.....	73
c) Die Durchsetzbarkeit kirchengerichtlicher Beschlüsse gegen die Mitarbeitervertretung	76
d) Der Ordnungsgeldbeschluss (§ 63a MVG.EKD).....	77
e) Der einstweilige Rechtsschutz.....	78
aa) Optionen der Dienststellenleitung	79
bb) Optionen der Mitarbeitervertretung.....	79
cc) Das Ordnungsgeld (§ 63a MVG.EKD)	80
2. Der Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht evangelischer Landeskirchen außerhalb des MVG.EKD	80
a) Das Mitarbeitervertretungsgesetz der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (MVG.HN)	81
b) Das Mitarbeitervertretungsgesetz in der Konföderation der Ev. Kirchen in Niedersachsen (MVG. Konf.)	82
C. Die unterschiedliche Ausgangslage für die Rechtsschutzwährgung im privaten, öffentlichen und kirchlichen Arbeitnehmervertretungsrecht .84	84
I. Das Betriebsverfassungsrecht.....	84
II. Das Personalvertretungsrecht	86
III. Das Mitarbeitervertretungsrecht	88

Teil III

Christliches Selbstverständnis und substantieller Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	92
A. Einführung	92
B. Dienstgemeinschaft und substantieller Rechtsschutz.....	93
I. Die Herkunft des Begriffs der Dienstgemeinschaft und die Rechtsdurchsetzung im kirchlichen Arbeitsrecht	94
II. Die „Theologisierung“ der Dienstgemeinschaft und ihre Bedeutung für eine zwangswise Rechtsdurchsetzung	96
1. Der neutestamentliche Befund	97
2. Das allgemeine Priestertum	100
3. Zusammenfassung und Ergebnis.....	101
III. Das Verhältnis der Dienstgemeinschaft als ambivalenter Begriff zur zwangswise Rechtsdurchsetzung	104
1. Die Dienstgemeinschaft als objektives Strukturelement kirchlichen Dienstes	104
2. Dienstgemeinschaft zwischen Glauben und empirischer Realität	109
3. Dienstgemeinschaft und Rechtsdurchsetzung	112
a) Dienstgemeinschaft und Rechtsschutzwährgung im kirchlichen Individualarbeitsrecht	113
b) Dienstgemeinschaft und Rechtsschutzwährgung im Mitarbeitervertretungsrecht	119
4. Eigene Ansicht	123
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	126

C. Kirchenrecht und zwangsweise Rechtsdurchsetzung.....	127
I. Die Spaltung des Kirchenbegriffs und der Rechtszwang.....	127
1. Territorialismus und Kollegialismus.....	127
2. Die Spaltung des Kirchenbegriffs	129
3. Günther Holstein	130
II. Die Überwindung der Spaltung des Kirchenbegriffs und der Rechtszwang.....	132
1. Die Barmer Theologische Erklärung von 1934	132
2. Karl Barth.....	133
3. Erik Wolf	134
4. Johannes Heckel.....	138
5. Zwischenergebnis.....	141
III. Die eine Kirche, das eine Recht und der Rechtszwang	142
1. Sine vi humana, sed verbo	144
2. Die Einheit des Kirchenrechts und der Zwang.....	146
a) Die Struktur des Kirchenrechts	147
b) Die Besonderheit des Kirchenrechts und der Rechtszwang	150
c) SubstanzIELLER Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht und christliches Selbstverständnis	156

Teil IV

Die Erforderlichkeit eines substanzIELLEN Rechtsschutzes im Mitarbeitervertretungsrecht	158
A. Das Rechtsstaatsprinzip und substanzIELLER Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	159
I. Rechtsstaatlichkeit und substanzIELLER Rechtsschutz.....	160
II. Kirchengeichte (Schiedsstellen, Schlichtungsstellen) und das Rechtsstaatsprinzip.....	161
III. Rechtsstaatsprinzip und zwangsweise Rechtsdurchsetzung im Mitarbeitervertretungsrecht	166
B. Die Richtlinie 2002/14/EG und substanzIELLER Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	170
I. Das MVG.EKD und die Anforderungen der RL 2002/14/EG	171
1. Grundsätze und Ziele der Richtlinie	171
2. Die Umsetzung der RL 2002 /14/EG.....	173
3. Das Effektivitätsgebot.....	174
II. Ergebnis	179

Teil V

SubstanzIELLER Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht in kirchengeichtlicher Rechtsprechung und Literatur.....	180
A. Die Vollstreckung kirchengeichtlicher Entscheidungen im Mitarbeitervertretungsrecht in der kirchlichen Rechtsprechung	180
I. Anwendung staatlichen kollektiven Arbeitsrechts statt Vollstreckung....	181
1. Die Entscheidung der Schiedsstelle DW Hannover v. 3.12.1996 – 3 VR MVO 67/95	181
2. Stellungnahme zu der Entscheidung	182
II. Die Vollstreckung kirchengeichtlicher Entscheidungen im Mitarbeitervertretungsrecht in der kirchenrechtswissenschaftlichen Literatur	184

1.	Die Lösungsansätze	184
a)	Der „mitarbeitervertretungsgesetzliche“ Lösungsansatz	185
b)	Der „vereinsrechtliche“ Lösungsansatz	186
c)	Der „zivilprozessuale“ Lösungsansatz	188
d)	Der „arbeitsgerichtliche“ Lösungsansatz	190
e)	Der Lösungsansatz „Rechts- und Amtshilfe“	193
f)	Der Lösungsansatz „materiell-rechtliches Erkenntnisverfahren“	195
2.	Zusammenfassung und Ausblick	197
B.	Die Vollziehung kirchengerichtlicher Entscheidungen in kirchenrechtswissenschaftlicher Literatur und Rechtsprechung	198
I.	Die Vollziehung in der kirchenrechtswissenschaftlichen Literatur	198
II.	Der einstweilige Rechtsschutz in der kirchengerichtlichen Rechtsprechung	202
III.	Zusammenfassung und Ausblick	203
Teil VI		
	Staatliche Justizgewähr und substantieller Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	205
A.	Die Bedeutung von Koordinations-, Bereichs- und Abwägungslehre für den Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	205
I.	Die Koordinationslehre	205
II.	Die Bereichslehre	208
1.	Bereichslehre und staatliche Justizgewähr	208
2.	Bereichslehre und Mitarbeitervertretungsrecht	210
III.	Die Abwägungslehre	213
1.	Abwägungslehre und Justizgewähr	214
2.	Justizgewährungspflicht und Mitarbeitervertretungsrecht	216
B.	Substantieller Rechtsschutz und ordentliches Mitarbeitervertretungsrechtliches Kirchengerichtsverfahren zwischen staatlicher Justizgewähr und kirchlichem Selbstbestimmungsrecht	220
I.	Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und ihre Bedeutung für das Mitarbeitervertretungsrecht	221
1.	Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25.11.2015	221
2.	Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und das Mitarbeitervertretungsrechtliche Verfahren	223
II.	Prozessuale Probleme bei Klagen zur zwangsweisen Durchsetzung von Rechtspositionen aus dem Mitarbeitervertretungsrecht	227
1.	Der Rechtsweg	227
a)	Das Problem	228
b)	Der Lösungsansatz: §§ 10, 2a ArbGG analog und § 83 II BPersVG analog	229
2.	Das Rechtsschutzbedürfnis	233
a)	Das Rechtsschutzbedürfnis für Klagen nach dem „materiell-rechtlichen Lösungsansatz“ im Bereich des Mitarbeitervertretungsrechts	234
b)	Unmittelbarer Zugang zu den staatlichen Gerichten	235
3.	Die eingeschränkte Überprüfung der kirchengerichtlichen Entscheidung durch das staatliche Gericht	237
C.	Einstweiliger Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im Mitarbeitervertretungsrecht	240
I.	Lösungsansatz „materiell-rechtliches Erkenntnisverfahren“ und einstweiliger Rechtsschutz	240

II.	Staatlicher einstweiliger Rechtsschutz im Mitarbeitervertretungsrecht	242
1.	Das Verhältnis von kirchengerichtlichem zu staatlichem einstweiligen Rechtsschutzverfahren	242
2.	Die Anwendung des Mitarbeitervertretungsrechts durch staatliche Gerichte	247
a)	Die Inzidentkontrolle und der unmittelbare Zugang zu den staatlichen Gerichten im Mitarbeitervertretungsrecht.....	248
b)	Dienstgemeinschaft und säkulare Gerichtsbarkeit.....	251
III.	Zusammenfassung und Ausblick	256
Teil VII		
	Zusammenfassung und Ausblick	258
A.	Zusammenfassung	258
B.	Ausblick	276
Literaturverzeichnis		278
Curriculum Vitae		296